

Antrag auf Katastervermessung und Abmarkung

nach dem Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster sowie die Bereitstellung von amtlichen Geobasisinformationen im Freistaat Sachsen
(Sächsisches Vermessungs- und Geobasisinformationsgesetz – SächsVermGeoG)
vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. Bl.-Nr. 3 S. 138)

Gemeinde : _____

Gemarkung : _____

Dipl. Ing. Winfried Kraft
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Henriettenstraße 2 09112 Chemnitz
Tel.: 0371/ 918 928 20 Fax: 0371/ 918 928 28
info@vb-kraft.de

Geschäftszeichen
(Bitte bei Rückfragen angeben)

1 Antragsteller

Name, Vorname des Eigentümers : Bezeichnung der Behörde :

Straße, Hausnummer : _____

Postleitzahl, Wohnort/Sitz : _____

Telefon privat ¹⁾: _____ Telefon dienstlich ¹⁾: _____

Telefax privat ¹⁾: _____ Telefax dienstlich ¹⁾: _____

E-Mail ¹⁾: _____

2 Kostenschuldner

Antragsteller ist Kostenschuldner

Anderer :

Name, Vorname : Bezeichnung der Behörde :

Straße, Hausnummer : _____

Postleitzahl, Wohnort/Sitz : _____

3 Beantragte Katastervermessung

3.1 Katastervermessung zur Grenzwiederherstellung

beantragtes Flurstück	Beschreibung	siehe beiliegende Darstellung
		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>

¹⁾ Angabe freiwillig

4 Zusätzliche Mitteilungen zum Antrag

5 Hinweise

- Grundlage für die Kostenerhebung ist die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Gebühren und Auslagen der Vermessungsbehörden und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (Sächsische Vermessungskostenverordnung – SächsVermKoVO) vom 1. September 2003 (SächsGVBl. S. 349) in der jeweils zum Zeitpunkt der Kostenentstehung geltenden Fassung.
- Mit dem Antrag auf Katastervermessung verpflichtet sich der Kostenschuldner auch zur Zahlung der Kosten für die Bereitstellung der Vorbereitungsdaten und die Übernahme der Ergebnisse in das Liegenschaftskataster (§ 23 des Sächsischen Vermessungsgesetzes). Diese Kosten werden gesondert durch die katasterführende Behörde beim Kostenschuldner erhoben.
- Einer beantragten Abmarkung muss eine Grenzwiederherstellung vorangehen (§ 15 Abs. 2 DVOSächsVermG).
- Die Rücknahme dieses Antrages muss schriftlich bei der vermessenden Stelle erfolgen. Dabei können Kosten nach § 10 Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (SächsVwKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1999 (SächsGVBl. S. 545), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Januar 2003 (SächsGVBl. S. 2) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erhoben werden.

6 Kostenübernahmeerklärung, wenn Kostenschuldner abweichend vom Antragsteller

Hiermit erkläre ich die Übernahme aller im Zusammenhang mit der beantragten Katastervermessung und Abmarkung anfallenden Kosten, soweit sie nach SächsVermKoVO erhoben werden.

Datum, Ort

Unterschrift

7 Unterschrift des Antragstellers (Eigentümer) oder Bevollmächtigten

Mit der Unterschrift bestätige ich, dass alle Angaben im Antrag den Tatsachen entsprechen.

Datum, Ort

Unterschrift